

# GEOPOLITISCHE INFORMATION 1/2019



Der Südsudan auf einer Gratwanderung:  
Klimawandelfolgen • Ressourcenfluch • umstrittene Grenzen





# VORWORT

Das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw) gehört dem Cyber- und Informationsraum an und zählt zu den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes. Es deckt den Bedarf der Streitkräfte an weltweiten, flächendeckenden und qualitätsgesicherten Geoinformationen sowie an umfassender geofachlicher Beratung für die Planung und Durchführung militärischer Operationen. Die angewandte Ressortforschung des Zentrums orientiert sich konsequent am Bedarf der Nutzer und ihrer Systeme. Ziel der Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist die nachhaltige Verbesserung der GeolInfo-Unterstützung im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr. Hierzu zählen neben Auftragsarbeiten, auch eigene Untersuchungen und Studien.

Der Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeolInfoDBw) beschäftigt sich u. a. mit der Bedeutung von Geofaktoren für die Krisen- und Konfliktentstehung. Geographische Rahmenbedingungen reichen aber als alleinige erklärende Faktoren nicht aus. Bei der Analyse, Beurteilung und Prognose von Krisen und Konflikten müssen alle beteiligten und auslösenden Faktoren sowie ihre Interaktionen umfassend berücksichtigt werden (u. a. soziale, wirtschaftliche, politische, kulturelle, historische Faktoren). Hierzu sind eine multifaktorielle Analyse sowie ein interdisziplinärer Ansatz unerlässlich. Geofaktoren werden hierbei in ihrer jeweils fallspezifisch-variierten Gewichtung betrachtet, um adäquate Vermeidungs- oder Unterstützungsstrategien aus diesem Kontext anbieten zu können.

Die Geopolitischen Informationen werden vom wissenschaftlichen Personal des GeolInfoDBw erstellt. Erkenntnisse ziviler wissenschaftlicher Einrichtungen und Veröffentlichungen sowie frei verfügbare Datenquellen werden bezüglich ihrer Bedeutung für geopolitische/-strategische Fragestellungen ausgewertet, um im Rahmen der GeolInfo-Unterstützung den Geschäftsbezug des Bundesministeriums der Verteidigung zu beraten.

Die Studienarbeiten spiegeln keine offiziellen Positionen des Bundesministeriums der Verteidigung wider, sondern liegen in der Verantwortung der Verfasser.

**Peter Webert, Oberst**

Kommandeur ZGeoBw und Leiter GeolInfoDBw



# INHALT

<b>Vorwort</b> .....	3
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	7
<b>Bildnachweis</b> .....	7
<b>1 Einleitung</b> .....	8
<b>2 Klimageographie, Klimawandelfolgen und Nahrungsmittelsicherheit: Geofaktoren mit Potenzial</b> .....	11
<b>3 Rohstoffe als „Ressourcenfluch“</b> .....	16
<b>4 Umstrittene territoriale Grenzen</b> .....	19
4.1 Sudan – Südsudan .....	19
4.1.1 Abyei .....	20
4.1.2 Kafia Kingi .....	21
4.1.3 Heglig (Hejlij).....	21
4.1.4 14-Meilen-Gebiet.....	21
4.1.5 Kaka Town und Jebel Megeinis.....	21
4.1.6 Jordah .....	21
4.1.7 Bebnis .....	22
4.2 Kenia – Südsudan.....	23
4.3 Uganda – Südsudan .....	23
<b>5 Fazit</b> .....	25
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	28



# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Abb. 1:** Übersichtskarte Südsudan  
(Quelle: ZGeoBw)
- Abb. 2:** Konfliktlinien im Südsudan  
(Quelle: www.bpd.de, CC BY-NC-ND)
- Abb. 3:** Klimazonen im Südsudan (nach Köppen)  
(Quelle: de.wikipedia.org, Ali Zifan, CC BY-SA 4.0)
- Abb. 4:** Prognostizierte Nahrungsmittelsicherheit im Südsudan für Mai bis Juli 2019  
(Quelle: www.ipcinfo.org, public domain)
- Abb. 5:** Öl- und Gaskonzessionen im Südsudan  
(Quelle: en.wikipedia.org, Till-Lambrech, M., public domain)
- Abb. 6:** Beanspruchte und umstrittene Gebiete an der Grenze Südsudan – Sudan  
(Quelle: riftvalley.net, CC BY-NC-ND 3.0)
- Abb. 7:** Unterschiedliche Grenzverläufe des Ilemi-Dreiecks zwischen Kenia und Südsudan  
(Quelle: en.wikipedia.org, Roke~commonswiki, CC BY-SA 3.0)
- Abb. 8:** Unterschiedliche Grenzverläufe zwischen Uganda und Südsudan  
(Quelle: riftvalley.net, Leonardi, C. & Santschi, M., CC BY-NC-ND 4.0)

# BILDNACHWEIS

- Titelseite:** <https://www.flickr.com/>, UNMISS, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 13:** <https://commons.wikimedia.org/>, USAID, public domain
- Seite 14:** <https://www.flickr.com/>, UNAMID/Albert Gonzales Farran, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 17:** <https://www.flickr.com/>, jbdodane, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 19:** <https://www.flickr.com/>, UN Photo/JC McIlwaine, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 20:** <https://www.flickr.com/>, FAO/Albert Gonzales Farran, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 24:** <https://www.flickr.com/>, UN Photo/Isaac Billy, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 25:** <https://www.flickr.com/>, UNAMID/Albert Gonzales Farran, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 26:** <https://www.flickr.com/>, UNAMID/Albert Gonzales Farran, CC BY-NC-ND 2.0
- Seite 27:** <https://www.flickr.com/>, Tim Freccia, CC BY-NC-ND 2.0

# 1 EINLEITUNG

Die Republik Südsudan ist ein ostafrikanisches Binnenland und grenzt im Norden an die Republik Sudan, im Osten an Äthiopien, im Südosten an Kenia, im Süden an Uganda, im Südwesten an die Demokratische Republik Kongo sowie im Westen an die Zentralafrikanische Republik (**Abb. 1**). Aufgrund umstrittener Grenzverläufe mit Sudan, Kenia und Uganda schwanken die Angaben zur Fläche des Landes zwischen 619.000 km<sup>2</sup> und 644.000 km<sup>2</sup> (AUSWÄRTIGES AMT 2017). So ist die Grenzziehung zum Sudan ebenso wenig geklärt wie der Anspruch des Südsudan auf das sogenannte „Ilemi-Dreieck“ im Südosten, das bisher unter Kenias Verwaltung steht. Dazu kommen Grenzstreitigkeiten mit Uganda in der Region Kajokeji, im Süden des Landes (SIMON 2019).

Noch bis Mitte 2011 war der Südsudan Teil der Republik Sudan, der bis dahin der größte Flächenstaat Afrikas (2.505.813 km<sup>2</sup>; ca. 7-mal so groß wie Deutschland) war (FISCHER 2004). Nach zwei Bürgerkriegen (1955 - 1972 und 1983 - 2005) gelang dem Südsudan 2011 die Sezession und Unabhängigkeit vom arabisch-islamisch dominierten Sudan, dem der Südsudan, mit einer mehrheitlich schwarzafrikanischen Bevölkerung aus ca. 200 Ethnien überwiegend christlichen oder animistischen Glaubens, lange als autonome Region angehörte. Die Bürgerkriege im Sudan basierten auf Bestrebungen der Regierung in Khartoum, den christlichen Süden und seine Rohstoffe zu kontrollieren bzw. dort das muslimische Schariarecht zu etablieren. Für den Sudan bedeutete der Abfall des Südsudan den Verlust von ca. 600.000 km<sup>2</sup> Fläche, 13 Mio. Menschen und 75 % seiner Ölreserven.

Glaubte man im westlichen Ausland zunächst, dass, nach der Unabhängigkeit des Südsudan, nun Frieden unter den schwarzafrikanischen Ethnien herrschen würde, sah man sich bald enttäuscht, als 2013 - 2016 auch im Südsudan ein Bürgerkrieg ausbrach. Hier ging es vor allem um einen politischen Machtkampf zwischen den staatstragenden Völkern der Dinka und der Nuer, der sich auch in dem aktuellen Kräftemessen zwischen Staatspräsident Salva Kiir Mayardit, einem Dinka, und dem Vizepräsidenten Dr. Riek Machar, einem Nuer, widerspiegelt.

Die Republik Südsudan erlangte am 9. Juli 2011 die Unabhängigkeit von der Republik Sudan. Mit ca. einer halben Million Einwohner ist Juba, im Süden des Landes gelegen, Hauptstadt und Regierungssitz. Insgesamt wird die Bevölkerung auf ca. 13 Millionen Menschen geschätzt. Über 50 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 18 Jahre. Die größten ethnischen Gruppen

sind die Dinka, Nuer, Azande, Bari, Acholi, Latuka und Schilluk, die alle Teil der Volksgruppe der Niloten sind (CIA 2019; SIMON 2019).

Nach der Loslösung vom Sudan, unter der Herrschaft des Sudan People's Liberation Movement (SPLM), entwickelte sich im Südsudan keine innere Stabilität. Die Machtkämpfe zwischen Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar führten, nach der Entlassung Machars aus dem Amt des Vizepräsidenten, nach mehrmonatiger Krise Ende 2013 zu einem missglückten Putschversuch von Kräften um Machar. Die Lage eskalierte und mündete in einem Bürgerkrieg, der brutale Menschenrechtsverbrechen beider Kriegsparteien zur Folge hatte und bis 2016 zehntausende Tote forderte, über 2,5 Mio. Menschen zu Flüchtlingen (davon mehr als 1,6 Mio. im eigenen Land) machte und mehrere Millionen Menschen von internationaler Nothilfe abhängig werden ließ. Der gewaltsame Konflikt drehte sich unter anderem um die Kontrolle des Erdöls, wurde aber zusätzlich überlagert und verschärft durch Konflikte um Land, Wasser, Weiderechte und lokale Herrschaftsansprüche auf der Ebene von Bundesstaaten und Distrikten, sowie nicht zuletzt durch ethnische Konflikte, die von Kiir und Machar machtpolitisch instrumentalisiert wurden (ELHAG 2008; AUSWÄRTIGES AMT 2017; MUNZINGER LÄNDER 2019). Die **Abb. 2** veranschaulicht die Konfliktlinien im Südsudan aus Öl, Hungersnöten, Migration und Flucht, Multiethnizität sowie Grenzstreitigkeiten.

Aufgrund des seit 2013 – mit Unterbrechungen – andauernden Bürgerkrieges gilt der Südsudan als „gescheiterter Staat“ (engl. „failed state“), was im Folgenden durch einige sozio-ökonomische Indizes dokumentiert wird:

- Mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 228 US-\$ belegte der Südsudan 2017 den weltweit letzten Platz (SIGNER 2016; INTERNATIONAL MONETARY FUND 2019).
- DIE (2015) bewertet die Staatsfragilität bzw. den Staat als „nicht funktional“ und der Fragile States Index (THE FUND FOR PEACE 2019) stuft den Südsudan auf Platz 3 der gescheiterten Staaten ein.
- Der Transformationsindex der BERTELSMANN STIFTUNG (2018), der die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management analysiert und bewertet, sieht den Südsudan auf dem 124. Rang von 129 Ländern.
- Beim UNDP (2019) Human Development Index rangiert der Südsudan auf Platz 187 von 189.

- Der INFORM (2019) Index for risk management bewertet das Risiko humanitärer Krisen, bei dem der Südsudan auf Platz 2 steht.
- Das INSTITUTE FOR ECONOMICS & PEACE (2018) platziert ihn im Global Peace Index auf dem drittletzten Platz.
- Im Korruptionswahrnehmungsindex von TRANSPARENCY INTERNATIONAL (2018) kommt der Sudan auf Platz 178 von 180 aufgeführten Staaten. Zur weiteren Vertiefung sei auf zwei Geopolitische Informationen zur Region Sudan/Südsudan des früheren AGEOBW (2009; 2011) verwiesen.

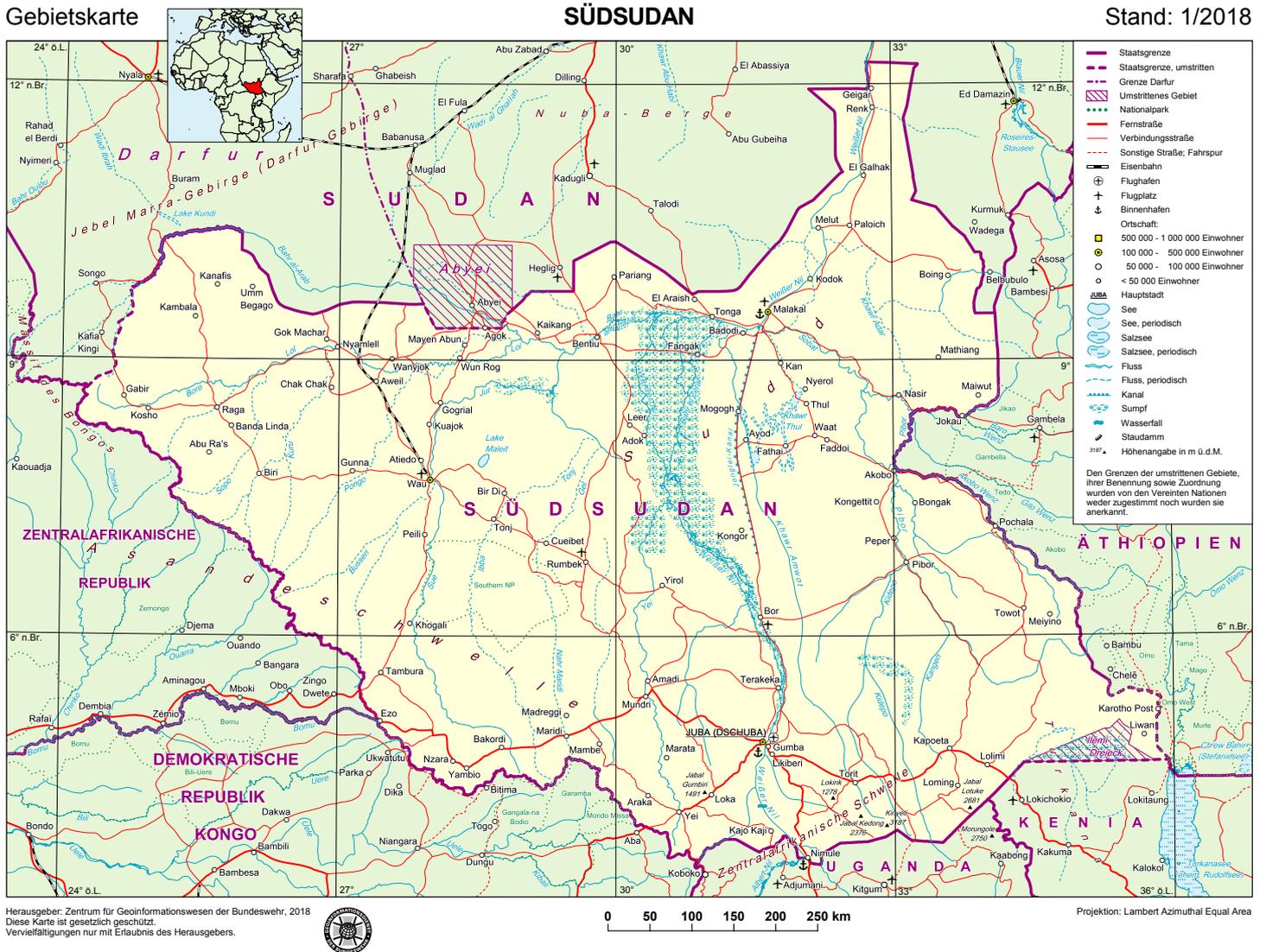
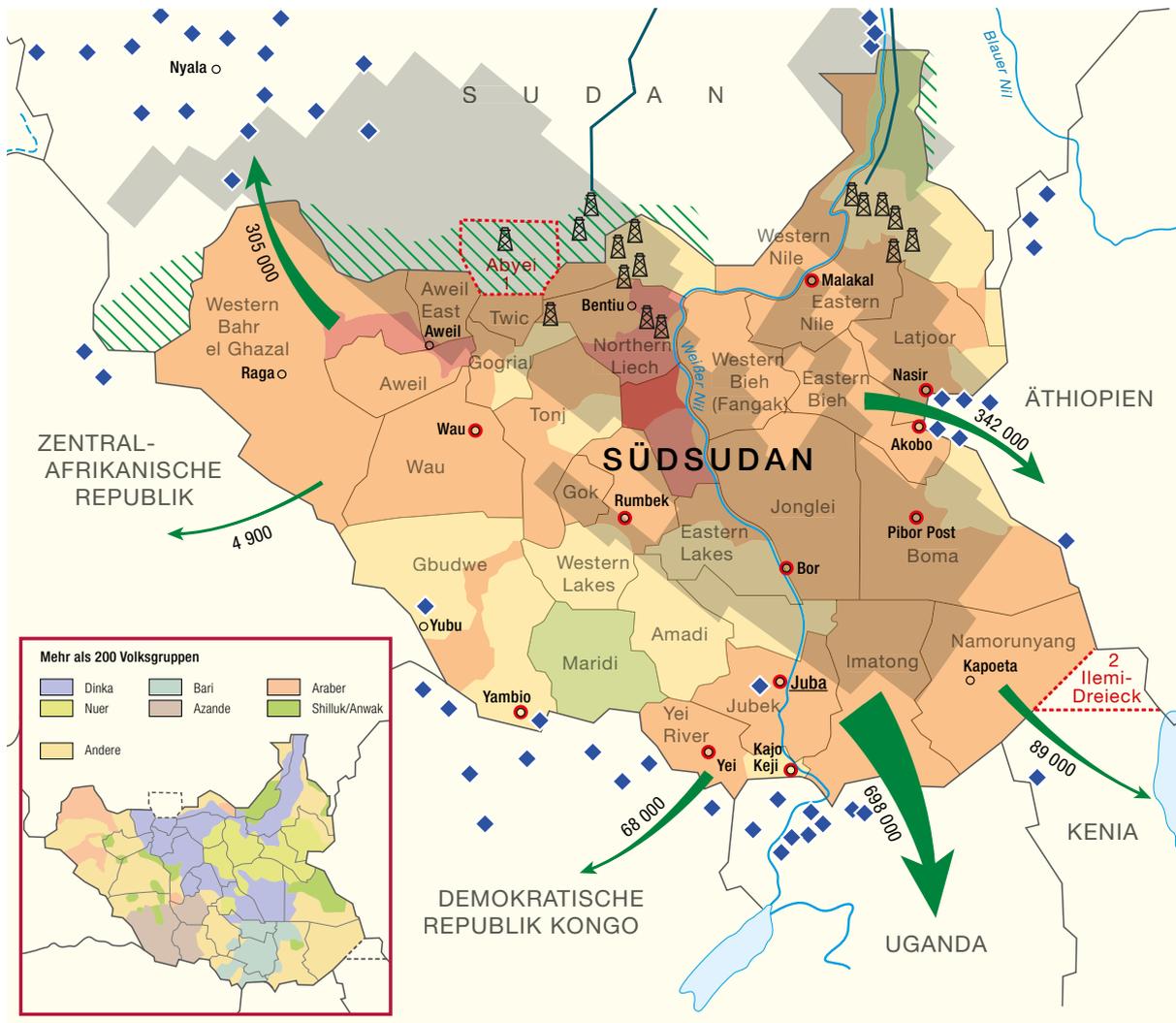


Abb. 1: Übersichtskarte Südsudan



**Südsudan**

- Staatsgrenze
- - - - umstrittene Staatsgrenze
- Provinzgrenze 2015, seit 01.2017 vier weitere neue Bundesstaaten:  
Northern Upper Nile  
Central Upper Nile  
Maiwut  
Tumbura

- ▨ zwischen Sudan und Südsudan umstrittene Gebiete
- 1 Abyei-Gebiet mit administrativem Sonderstatus, wird beiden Ländern zugerechnet
- 2 Ilemi-Dreieck: zwischen Kenia, Äthiopien und Südsudan umstritten, von Kenia verwaltet

- ◆ Flüchtlingslager
- Flüchtlingslager in Nachbarländern (Zahlen 3.2017, laut UNO Flüchtlingshilfe)
- Ort, der während des Krieges belagert, angegriffen oder zerstört wurde
- Öl-Konzession
- ⚡ Erdölförderung- oder Raffinerie
- Erdöl-Fernleitung

**Akute Ernährungsunsicherheit**

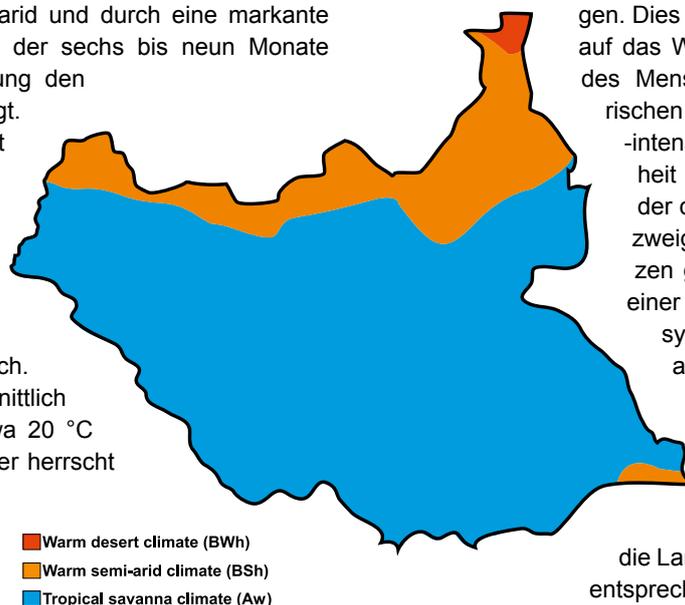
- Hungersnot
- humanitärer Notfall, mehr als 15% unter- und mangelernährt
- tägliche Mahlzeit unsicher, 10-15% akut unter- und mangelernährt
- Ernährungsunsicherheit
- Ernährung gesichert

Kartographie: mr-kartographie, Gotha  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de | Bundeszentrale für politische Bildung 2017 | www.bpb.de

**Abb. 2:** Konfliktlinien im Südsudan  
**Abb. 3:** rechte Seite; Klimazonen im Südsudan (nach Köppen)

## 2 KLIMAGEOGRAPHIE, KLIMAWANDELFOLGEN UND NAHRUNGSMITTELSICHERHEIT: GEOFAKTOREN MIT POTENZIAL

Das Klima im Südsudan ist überwiegend tropisch-wechselfeucht, mit ganzjährig hohen Temperaturen und starken Niederschlägen im Sommer (**Abb. 3**). Ein angrenzender Streifen im Norden sowie ein kleiner Bereich im Südosten sind semiarid und durch eine markante Trockenzeit geprägt, in der sechs bis neun Monate pro Jahr die Verdunstung den Niederschlag übersteigt. Die sonnige Trockenzeit dauert im Süden des Landes von Dezember bis März, im Norden ein wenig länger (November bis April). Die Temperaturen sind in dieser Zeit sehr hoch. Sie erreichen durchschnittlich 36 °C am Tag und etwa 20 °C in der Nacht. Im Sommer herrscht im Norden von Mai bis Oktober und im Süden zwischen April und November Regenzeit. Dann fällt häufig sintflutartiger Starkregen mit fast der gesamten jährlichen Niederschlagsmenge von 700 - 1.500 mm. Häufigkeit und Intensität der Regenfälle nehmen von Süden nach Norden ab. In der Regenzeit liegen tagsüber die Temperaturen bei 30 bis 33 °C und 21 bis 23 °C nachts. Die Luftfeuchtigkeit schwankt dann zwischen 70 bis 80 %. Infolge der heftigen Niederschläge kommt es, während der Regenzeit, entlang des Nils und anderer Flüsse des Landes oft zu Hochwasser, das weite Flächen überschwemmt. Da das Wasser dort teilweise monatelang steht, haben sich im Laufe der Zeit große Sumpfbereiche entwickelt. Der durch den Nil gebildete „Sudd“ ist mit mehr als 100.000 km<sup>2</sup> und mehr als 15 % der Landesfläche eines der größten Sumpfbereiche weltweit. Der äußerste Nordosten weist ein heißes Wüstenklima auf, denn in größerer Entfernung vom Äquator macht sich bereits der zunehmende klimatische Einfluss der Sahara bemerkbar (NEMITZ O.J.; AUSWÄRTIGES AMT 2017; SIMON 2019).



Das Klima bzw. der Klimatyp hat einen maßgeblichen Einfluss auf die naturräumliche Ausstattung eines Raumes und schafft somit auch für die menschliche Nutzung relevante Rahmenbedingungen. Dies hat direkte Auswirkungen auf das Wirtschaften und Handeln des Menschen, indem der agrarischen Nutzungsfähigkeit und -intensität, der Ertragsicherheit und dem Ertragsniveau der dominierenden Nutzungszweige naturräumliche Grenzen gesetzt sind, was sich in einer Anpassung der Agrarsysteme an die Klimazonen ausdrückt (SICK 1993). Extensive Landnutzungsformen, wie die nomadische Weidewirtschaft, der Wanderfeldbau und die Landwechselwirtschaft, sind entsprechende Anpassungen an geogene Ungunst-Naturräume mit geringer Tragfähigkeit für das Wirtschaften und Leben von Menschen. Zur tropischen „Landwechselwirtschaft“ zählt die, auch im Südsudan praktizierte, sesshafte Form dieser Landnutzung als Regenfeldbau in humiden Regionen und Trockenfeldbau in halbariden Regionen. Die Erträge sind gering, das Ausfallrisiko hoch und es dominiert die Subsistenz. Solche Regionen sind folglich wenig besiedelt, es fehlt an Infrastruktur und die Wirtschaftsleistung ist, in Ermangelung einer Primärwirtschaft, gering (EHLERS 1984; HORNETZ & JÄTZOLD 2009). Der Großteil der südsudanesischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gegenden. Aufgrund schwerer Regenfälle während der Regenzeit und eines kaum ausgebauten Verkehrssystems sind manche Gebiete und ihre Bevölkerung, oft über mehrere Monate im Jahr, vom Rest des Landes abgeschnitten. Die Bevölkerungsdichte ist mit 13 - 17 Einwohnern pro km<sup>2</sup> sehr niedrig. Jenseits des Erdölsektors ist die Existenzgrundlage der meisten Menschen die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft und Viehhaltung, die zusammen ca. 15 % des BIP ausma-

chen und für den Großteil der Arbeitsplätze verantwortlich sind. Drei Viertel der Bevölkerung leben von Ackerbau (u. a. Hirse, Mais, Reis, Süßkartoffeln, Cassava, Bohnen, Erdnüsse, Baumwolle) und Viehhaltung (v. a. Rinder, Ziegen, Schafe). Im Vergleich zu dem durch Wüste geprägten Sudan im Norden verfügt der Südsudan über relativ günstigere klimatische Ausgangsbedingungen und fruchtbarere Böden, auf denen sich Savannen und Trockenwälder befinden. Die fruchtbarste Zone des Landes liegt in den Überschwemmungsgebieten des Sudd. Das Entwicklungspotenzial in der Landwirtschaft ist hoch, doch nur 4,5 % des verfügbaren Bodens werden derzeit bewirtschaftet. Durch den jahrelangen Bürgerkrieg, mit bewaffneten Auseinandersetzungen, Überfällen, Flucht und Vertreibung, fehlender Sicherheit sowie Verminung, werden die Böden allerdings nicht bewirtschaftet, was zu Hungersnöten und Armut innerhalb der Bevölkerung führt. Zurückkehrende Flüchtlinge verschärfen dieses Problem. Die Sicherung einer eigenen Nahrungsmittelversorgung wird zusätz-

lich durch Verträge mit ausländischen Agrarkonzernen unterlaufen, die auf gepachtetem Land u. a. Biokraftstoff oder Cash-crops (z. B. Kaffee) produzieren oder dort Erdölbohrungen vornehmen. Zwischen 2007 und 2010 haben Privatinvestoren 5,15 Mio. Hektar Land gekauft oder für sich reserviert, was mehr als 8 % der Landesfläche entspricht. Zu den Hauptinvestoren gehören Ägypten, Uganda und China. Das Land wirbt um Investoren aus aller Welt und stellt dabei bisher kaum Bedingungen (LÄNDER-LEXIKON O. J.; SIMON 2019; MUNZINGER LÄNDER 2019).

Ende Januar 2019 haben 1,87 Mio. Menschen in anderen Landesteilen des Südsudans und 2,27 Mio. Menschen Zuflucht in Nachbarländern gesucht. 5,3 Mio. wurden 2018 mit Lebensmittellieferungen unterstützt. Aufgrund der mangelhaften Verkehrsinfrastruktur und fehlenden Governance ist eine flächendeckende Verteilung von Hilfsgütern nicht möglich, so dass Hungerkatastrophen, in Ermangelung einer Subsistenzlandwirtschaft, vorprogrammiert sind (SIMON 2019).

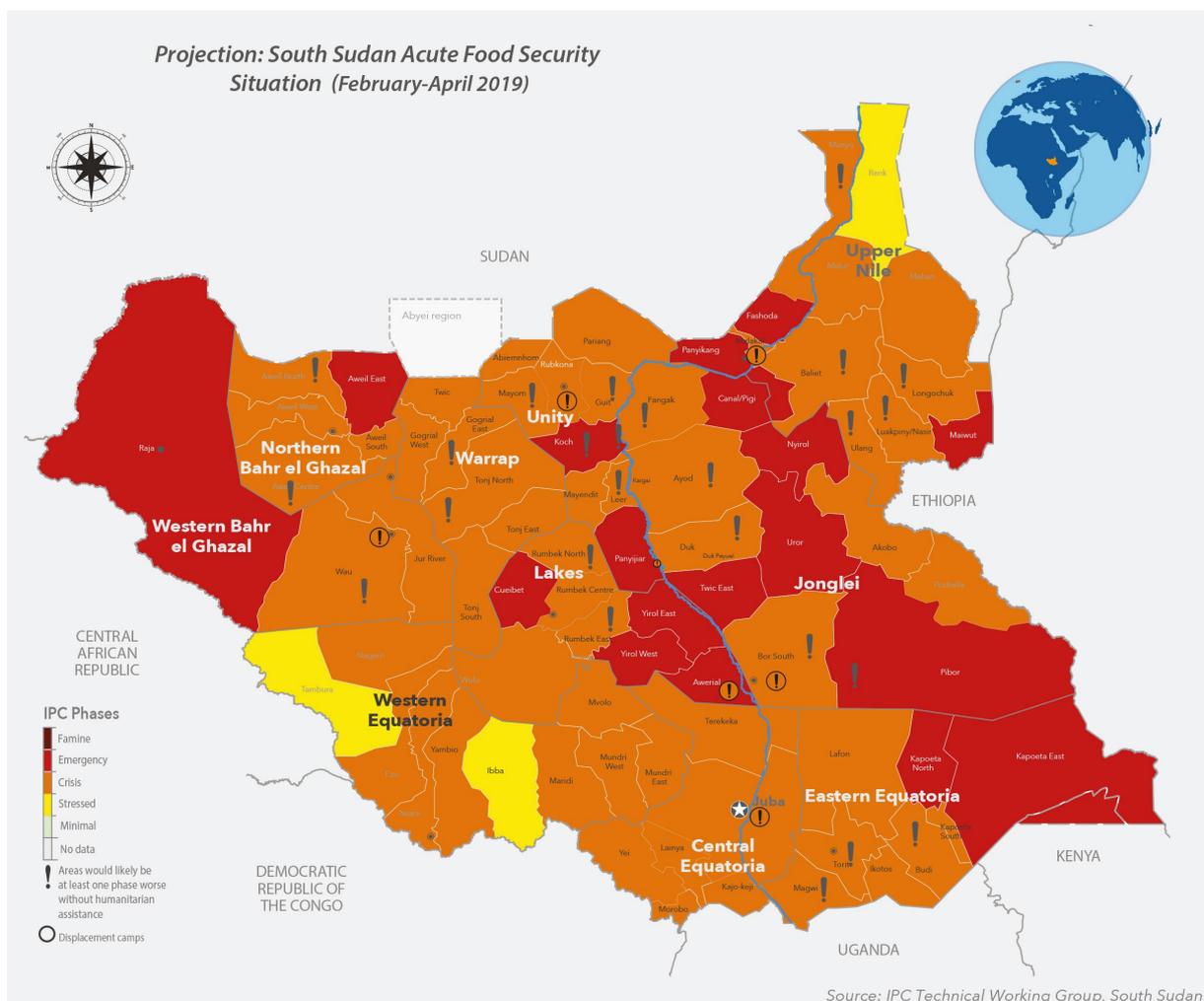


Abb. 4: Prognostizierte Nahrungsmittelsicherheit im Südsudan für Mai bis Juli 2019



Aufgrund von unablässig auftretenden bewaffneten Konflikten und Vertreibungen sind mehr als 6,45 Mio. Menschen (das entspricht 57 % der südsudanesischen Bevölkerung) mit akuter Ernährungsunsicherheit (IPC-Phase 3 Crisis) oder noch Schlimmerem konfrontiert. Schätzungsweise 45.000 Menschen befinden sich in der Katastrophenphase (IPC-Phase 5 Famine, **Abb. 4**). Rund 6,87 Mio. Menschen (60 % der Bevölkerung) werden unter akuter Ernährungsunsicherheit (IPC-Phase 3 Crisis) oder schlimmer leiden. Schätzungsweise 50.000 Menschen werden in der Katastrophenphase (IPC-Phase 5 Famine) sein. Die hohe akute Ernährungsunsicherheit im Südsudan ist nach wie vor auf die kumulativen Auswirkungen der nationalen und lokalen Konflikte sowie die Vertreibungen und Migrationsströme zurückzuführen. Diese trugen zu einer unzureichenden landwirtschaftlichen Produktion bei, so dass 2019 nur 52 % des nationalen Getreidebedarfs durch eigene Ernten gedeckt wurden, verglichen mit 61 % im Jahr 2018. Auch andere Nahrungsquellen, wie Wild- und Nutztiere, stehen durch die räumliche Entwurzelung der Bevölkerung kaum zur Verfügung (IPC 2019). Die Auslöser der Hungersnöte sind in großen Teilen menschengemacht.

Umso bedauerlicher sind die kriegerischen Auseinandersetzungen, da der Südsudan in Friedenszeiten in der Lage wäre, durch eigene Lebensmittelproduktion seine Bevölkerung zu ernähren. Zudem stellt die Marginalisierung<sup>1</sup> soziodemographischer Gruppen einen weiteren wichtigen Grund dar, warum Menschen von einer Hungersnot betroffen sind.

Der Klimawandel wird die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft weiter verschlechtern. Fast 87 % der Südsudanesen sind abhängig von der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft, die alle als „klimasensitive“ Wirtschaftszweige gelten. Die tradierten Landnutzungsformen sind sehr anfällig gegenüber klimatischen Schwankungen und die daraus resultierenden Ernteeinbußen und/oder -ausfälle. Sie können existenzbedrohende Auswirkungen haben. Aber auch moderne Landnutzungssysteme sind, nach wie vor, abhängig vom Faktor Boden und verfügbarem Wasser in der Vegetationsperiode. Im Zuge der Klimaerwärmung wird für den Südsudan mit Anstiegen der Jahresmitteltemperatur zwischen 1 - 1,3 °C für 2060 gerechnet. Als Folgen des Klimawandels werden Intensität und Häufigkeit von Dürren sowie Starkniederschläge während der Regenzeit zunehmen. Dies betrifft

<sup>1</sup> Marginalisierung ist ein sozialer Vorgang, bei dem Bevölkerungsgruppen an den „Rand der Gesellschaft“ gedrängt werden und dadurch nur wenig am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können. Im extremen Fall endet Marginalisierung für die Betroffenen mit Krankheit oder sogar Hungertod.





die größtenteils auf Regenfeldbau basierende Landwirtschaft so stark, dass der für den Ernteerfolg so wichtige Saatzeitpunkt bereits heute mit großen Unsicherheiten behaftet ist (USAID 2016).

Der Klimawandel wirkt als Risikomultiplikator, wenn er mit anderen Stressfaktoren (wie Bürgerkrieg, ethnischen Konflikten, staatlicher Fragilität, Migration und Umweltdegradation) zusammentrifft und der dadurch entstehende kumulative Druck die Gesellschaft und den Staat überfordert. Die Wirkungszusammenhänge zwischen Umwelt und Gesellschaft lassen sich zu Konfliktkonstellationen zusammenfassen, deren Dynamik zu gesellschaftlicher Destabilisierung oder Gewalt führen kann und in vielen Regionen der Welt vergleichbare Muster aufweist:

- Wasserkonflikte durch eingeschränkte Verfügbarkeit und Konkurrenz um grenzüberschreitende Süßwasserressourcen.
- Ernährungskrise durch die Bedrohung der Lebensgrundlagen. Der Klimawandel wird in vielen Regionen die Ernteerträge mindern, die Weideflächen und den Zugang zu Bewässerungswasser bedrohen. In Kombination mit dem steigenden Bevölkerungswachstum wird die Nahrungsunsicherheit zunehmen und die Lebensmittelpreise werden verstärkten Schwankungen unterworfen sein.
- Extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen (wie Stürme, Hochwasser und Dürren) verstärken die staatliche Fragilität, vermindern Wirtschaftswachstum, zerstören Infrastruktur, können Epidemien auslösen und vertreiben Menschen.
- Flüchtlinge, als Reaktion auf den Verlust der eigenen Lebensgrundlage und Perspektivlosigkeit, wobei auch die Rückkehr-Migration Konflikte auslösen kann.

(WBGU 2007; RALEIGH & URDAL 2007; HARRIS ET AL. 2013; RÜTTINGER ET AL. 2015).

Beim Klimawandel-Anfälligkeitsindex befindet sich der Südsudan auf Platz 5 der Länder, die am stärksten negativ vom Klimawandel betroffen sein werden. Bei einer Abhängigkeit von ca. 95 % der Gesamtbevölkerung von klimasensiblen Wirtschaftszweigen werden somit die Auswirkungen extrem sein. Der Klimawandel wird die fragile Gesamtsituation im Südsudan und bestehende Spannungen und Konflikte weiter verstärken (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF THE NETHERLANDS 2018; SIMON 2019).

### 3 ROHSTOFFE ALS „RESSOURCENFLUCH“

Der Südsudan ist reich an Bodenschätzen, insbesondere besitzt er reiche Erdölvorkommen. Weitere natürliche Ressourcen sind Wasserkraft, Edelhölzer und fruchtbares Ackerland (MOUKADDEM 2011; SIMON 2019).

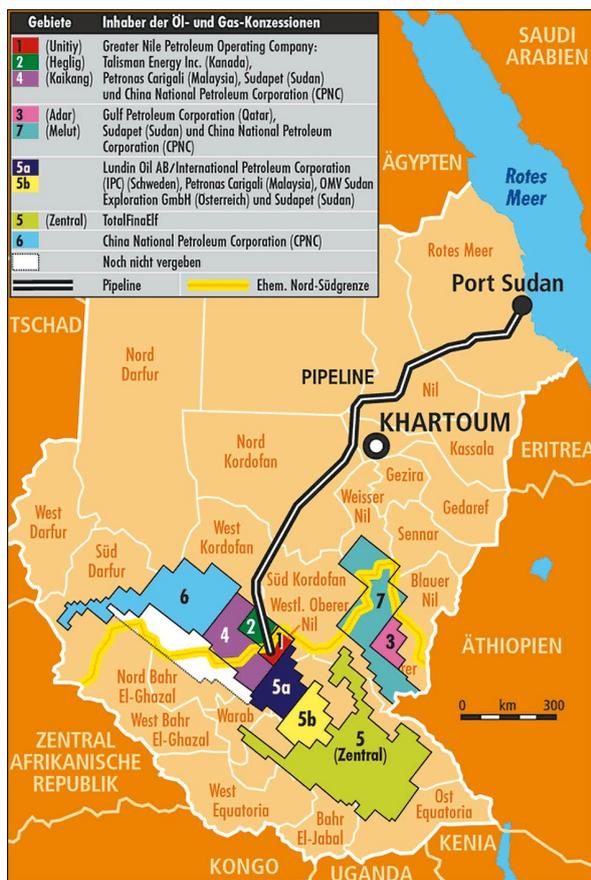


Abb. 5: Öl- und Gaskonzessionen im Südsudan.

Der Südsudan zählt, infolge von Krieg, verhinderten Entwicklungsinvestitionen und grassierender Korruption zu den ärmsten Ländern der Welt. Während der Großteil der Bevölkerung in bitterer Armut, meist von Selbstversorgungslandwirtschaft, lebt, stützen Staat und Eliten ihre Einnahmen vorwiegend auf nur einen Rohstoff: Erdöl. Die Erdölförderung erwirtschaftet bis zu 99 % der Exporterlöse und 50 % des BIP (MUNZINGER LÄNDER 2019).

Erdöl wurde im Sudan 1978 entdeckt, jedoch erst ab Ende der 1990er-Jahre in größerem Stil tatsächlich gefördert. Der Südsudan besitzt Erdölvorkommen von geschätzt mindestens 3,5 Mrd. Barrel und Erdgasvorkommen von 64 Mrd. m³. 1999 begann die „Chinesische

National Petroleum Corporation“ (CNPC) mit der Exploration und Extraktion mehrerer Ölfelder. Seit 2003 bemühte sich der Sudan verstärkt um die Vermarktung seiner Ölfelder. Im Jahre 2005 wurde, im Zuge des Friedensabkommens, die National Petroleum Commission (NPC) ins Leben gerufen, um die Entwicklung des Ölsektors zu optimieren und zu überwachen. Die Ölfelder wurden in verschiedene Blöcke aufgeteilt, die nach der Loslösung des Südsudans teilweise die Nord-Süd-Grenze überschreiten (Abb. 5). Die größten Ölvorkommen liegen jedoch im Südsudan. Inzwischen sind fast alle Förderrechte an verschiedene in- und ausländische Unternehmensgruppen vergeben worden.

Besonders aktiv in der Ölförderung im Südsudan sind die schon erwähnte Chinese National Petroleum Corporation, die malaysische Petronas, die sudanesisische Sudapet, die indische Oil and National Gas Corporation (ONGC), die Al Thani Emirates Petroleum Corporation und die französische Total (SIMON 2019).

Der Bürgerkrieg hat die südsudanesische Ölförderung zu einem beträchtlichen Teil lahmgelegt. Sie wurde während dieser Zeit nur in den Bundesstaaten am Oberen Nil fortgesetzt. Hier, im „Melut-Becken“, wird die Sorte „Dar“ gefördert, ein schweres, paraffinisches Öl, das während seines Transports beheizt werden muss, damit es nicht erstarrt. Die entsprechend ausgestattete Petrodar-Pipeline (PDO) bringt das Öl nach Port Sudan, einer sudanesischen Hafenstadt am Roten Meer. In den zentraler gelegenen Ölgebieten des Muglad-Beckens kam die Förderung aufgrund ständiger Kämpfe fast vollständig zum Erliegen. Dort, in der Nähe der Stadt Bentiu, beginnt auch die transsudanesische Ölpipeline oder „Greater Nile Oil Pipeline“, die das Öl von Unity (Konzessionsgebiet 1) und Heglig (Konzessionsgebiet 2) nach Port Sudan transportiert. Reserven und Qualität des dort produzierten mittelschweren, paraffinischen und schwefelarmen Öls der Sorte „Nile“ übertreffen die des Produkts vom Oberen Nil deutlich. Die Sicherheit des Muglad-Beckens ist, nicht zuletzt deshalb, für das „Hochfahren“ der Ölförderung im Südsudan von zentraler Bedeutung. In den noch westlicher gelegenen Ölregionen, wie etwa im Konzessionsgebiet 6, wird die Sorte „Fula“ gefördert. Dieses sehr schwefelhaltige Öl geht nicht in den Export. Es wandert zur Bedienung des Binnenmarktes in die Raffinerie von Khartoum, eine 100.000-Barrel-pro-Tag-Anlage, die von Chinesen betrieben wird (SCHRÖDER 2019).

Ein zentrales Problem ist der Export des Öls aus dem Binnenland Südsudan. Vom Seeweg abgeschlossen, muss es sich noch immer auf den benachbarten



Sudan im Norden verlassen, um das Öl per Pipeline auf den Weltmarkt zu bringen. Die Investoren haben erst vor wenigen Jahren in das Pipeline- und Raffinerienetz im Norden bis nach Port Sudan investiert. Als der Südsudan Anfang 2012 im Konflikt mit Sudan, über den alle Erdölexporte liefen, die Ölförderung einstellte, schrumpfte das BIP um fast die Hälfte. Erst als 2013, nach vertraglichen Vereinbarungen, u. a. über strittige Transitgebühren für die Durchleitung des Energierohstoffs durch Sudan, wieder Öl exportiert wurde, erholte sich das BIP, allerdings ohne das vorherige Niveau zu erreichen. Mitte 2016 erreichte das Produktionsniveau deshalb nur noch 165.000 Barrel pro Tag (b/d) – bei einem unter Friedensbedingungen möglichen Niveau von etwa 350.000 b/d. Konflikte zwischen Sudan und Südsudan existieren jedoch auch nach Ende des 15-monatigen Förderstopps und führen immer wieder zu gegenseitigen Drohungen mit Produktions- bzw. Exportblockaden. Eine bestehende Vereinbarung über die Nutzung der Pipelineinfrastruktur läuft Ende 2019 aus. Der Südsudan strebt eine Steigerung der Ölförderung auf 200.000 b/d) an, nachdem Ende Dezember 2018 das Unity-Feld wieder in Betrieb genommen worden war. Die besten Aussichten für neues Öl im Südsudan werden im Bundesstaat Jonglei vermutet. Die große, abgelegene und instabile Region ist jedoch

kaum interessant für ausländische Ölkonzerne, die eher Gelegenheiten für eine kostengünstige und risikofreie Förderung suchen. Die Bewahrung des Friedens in der Region wäre die Grundbedingung für eine Erholung des Sektors und von mehreren Faktoren abhängig. Zwar habe sich, Beobachtern zufolge, seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens die allgemeine Sicherheitslage im Land erheblich verbessert, doch kommt es auch weiterhin zu sporadischen Auseinandersetzungen (SCHRÖDER 2019).

Der Aufbau alternativer Exportrouten ist für den Südsudan daher von hoher Priorität. Zwei Pipelines verbinden die Fördergebiete mit Raffinerien und Port Sudan in Sudan. Zur Ölverarbeitung sind zwei kleine Raffinerien in den Bundesstaaten Unity und Upper Nile (Kapazität: 5.000 bzw. 10.000 b/d) geplant, zudem eine Pipeline zum Hafen Lamu in Kenia, der mit massiver Unterstützung aus China gebaut wird (LÄNDER-LEXIKON O.J.; MUNZINGER LÄNDER 2019; SCHRÖDER 2019; SIMON 2019).

Das aktuelle Anlaufen eines scheinbaren Friedensprozesses im Südsudan wird von Ölunternehmen anderer Länder begrüßt. Bisher kamen Investitionszusagen von 2 Mrd. US-\$ zusammen. Ein südafrikanischer Regierungsfonds hat bereits zugesagt, eine Milliarde US-\$ in die Ölförderung und den Bau einer Ölraffinerie im Land

zu investieren. Der malaysische staatliche Ölkonzern „Petronas“ versprach, weitere 300 Mio. US-\$ zu investieren, während die in Nigeria ansässige „Oranto Petroleum International“ 500 Mio. US-\$ für die Erschließung zur Verfügung gestellt hat. Bald schon wird mit dem Hinzukommen russischer, spanischer und emiratischer Unternehmen gerechnet. Ein chinesisches Ölunternehmen, das bereits den größten Teil der Ölproduktion im Südsudan beherrscht, wird zeitnah eine noch größere Rolle bei den Bemühungen des Landes zur Steigerung seiner Ölförderung spielen: Die China National Petroleum Corporation (CNPC), die an zwei der Joint-Venture-Unternehmen beteiligt ist, die fast die gesamte aktuelle Förderleistung in der Region erbringen. CNPC hält in den Konzessionsgebieten 1, 2, 3, 4, 6 und 7 die Mehrheit der Anteile. Das Unternehmen ist außerdem an den Pipelines und an der Raffinerie von Khartoum beteiligt. Die CNPC hat erst im Sommer 2018 im südsudanesischen Ölministerium eine Absichtserklärung unterzeichnet, nach der die bestehende Förderung ausgeweitet und der Erwerb neuer Flächen erwogen wird. Im südsudanesischen Ministerium hofft man, dass die CNPC auch eine Vereinbarung über die Erschließung und Förderung für zwei große Felder im zentralen Südsudan unterzeichnen wird, für die eigentlich ein Konsortium der französischen Total, der britischirischen Tullow Oil und der Kuwait Foreign Petroleum Exploration Company (KUFPEC) vorgesehen war. Doch das Geschäft war nach langen Verhandlungen nicht zustande gekom-

men - vor allem aufgrund von Sicherheitsbedenken. Im Juli 2018 hatten sich der Südsudan und der Sudan zwar darauf verständigt, entlang der Grenze gemeinsame Streitkräfte einzusetzen, um Ölfelder und Pipelines vor kriminellen Aktivitäten zu schützen. Doch im gleichen Monat waren die Gespräche mit dem Total-Konsortium, nach mehr als fünf Jahren, ergebnislos abgebrochen worden. Dem Ministerium zufolge könnten die in Frage kommenden Felder bis zu 1,5 Mrd. Barrel Erdöl enthalten, während Total noch von rund 800 Mio. Barrel ausging (SCHRÖDER 2019B).

Die lokale Bevölkerung profitiert hingegen nicht von den Einnahmen aus der Erdölförderung, sondern sieht sich stattdessen z. T. mit Umsiedlungen und massiven Umweltproblemen konfrontiert.

Öl und Macht bzw. der Zugang zum Öl waren schon immer mit Konflikten verknüpft. Dies ist nicht erst in jüngster Vergangenheit so, sondern dieser Zusammenhang ist historisch gewachsen. So ist die staatliche Nile Petroleum Corporation (Nilepet) Südsudans keine Ausnahme. Sie ist in den Händen der Eliten und des Sicherheitsapparates und dient vornehmlich der Finanzierung eigener Milizen (ABDALLA 2018; SIMON 2019).

Außer Erdöl werden mittels Kleinbergbau kleine Mengen Gold gewonnen. Südsudan besitzt darüber hinaus Vorkommen von Silber, Bauxit, Blei, Chrom, Eisenerz, Kupfer, Mangan, Uran, Wolfram, Zink, Edelsteinen und Marmor (MUNZINGER LÄNDER 2019).

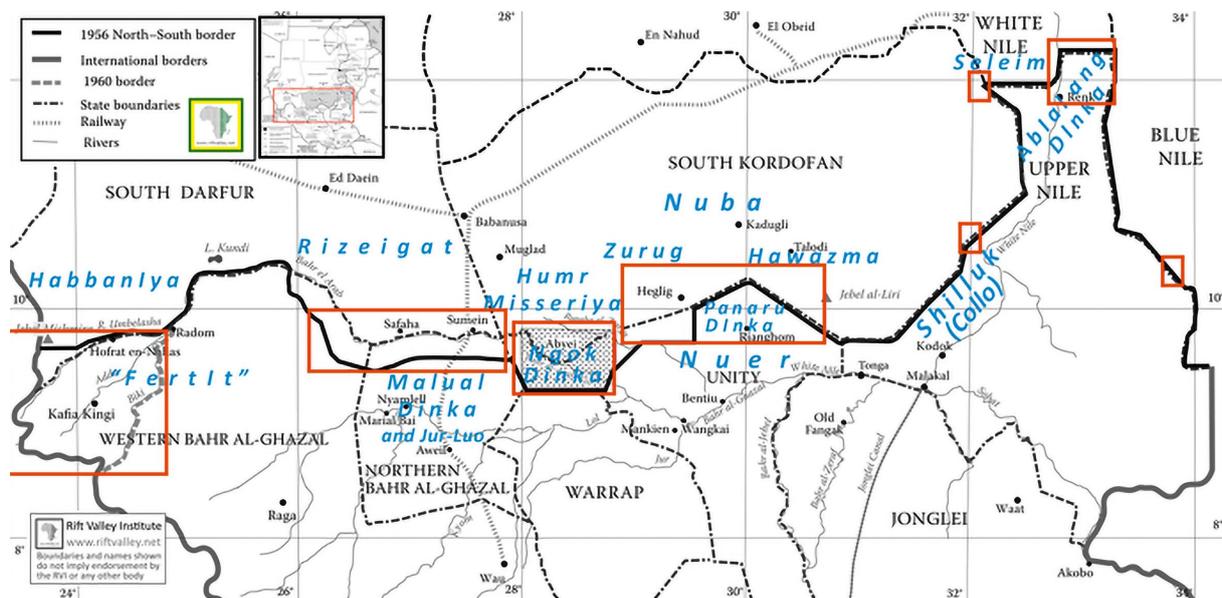


Abb. 6: Beanspruchte und umstrittene Gebiete an der Grenze Südsudan – Sudan



## 4 UMSTRITTENE TERRITORIALE GRENZEN

Südsudan ist nicht nur im Inneren instabil, auch die Grenzziehung zu Nachbarstaaten ist umstritten und konfliktbeladen.

### 4.1 SUDAN – SÜDSUDAN

Auch acht Jahre nach der Trennung des Südsudan vom Sudan gibt es noch keine verbindliche Einigung über die 2.010 km lange Grenze, die die beiden Länder trennt (**Abb. 6**). Trotz der wiederholt zugesagten Einrichtung einer sicheren entmilitarisierten Grenzzone, bleibt die Grenze militarisiert, der Handel unterbrochen, der Status der umstrittenen Grenzgebiete und die explosive Frage von Abyei ungelöst. Beiden Staaten geht es in der Grenzregion um Ölreserven sowie um fruchtbare Acker- und Weideflächen. Die Grenzregion enthält wichtige Weideflächen für transhumante und pastoralistische Gruppen, die traditionell flexible Weidevereinbarungen getroffen haben, lange bevor die Diskussion über eine nationale Grenze, die ihr Territorium aufteilt, begann. Während es keine Einigung über den

Verlauf der Grenze gab, war die Grenzregion im ersten Halbjahr 2012 Schauplatz einer Reihe von militärischen Zusammenstößen. Der Konflikt ist auch eine Fortsetzung der am Verhandlungstisch verfolgten Strategien: Beide Seiten versuchten, einen militärischen Vorteil zu erzielen, der als Grundlage für spätere Verhandlungen dienen kann (CRAZE 2014). Die Grenzgebiete, die zu den am schlimmsten vom Krieg betroffenen Gebieten gehören, wurden von der sudanesischen Regierung der nationalen Einheit (GoNU) und der Regierung des Südsudan (GoSS) nur wenig unterstützt. Heute ist dort der sozioökonomische Kontext fragil, während die staatlichen und lokalen Voraussetzungen zur Bewältigung von Fragen der Grenzverwaltung, Landstreitigkeiten und Konfliktlösung begrenzt sind. Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) von 2005 hat weder zu einer wirksamen staatlichen Dezentralisierung noch zur Einbindung traditioneller Autoritäten zur Konfliktlösung geführt. Die von den Verfassern der CPA vorgesehene Versöhnung verschiedener Ethnien, Zusammenarbeit und gegenseitiger Respekt wurden bisher nicht erreicht.



Stattdessen hat sich das Konfliktgedächtnis, insbesondere im Grenzgebiet, verschärft.

#### 4.1.1 ABYEI

Nach wie vor ist vor allem die Grenzziehung in der ölreichen Region Abyei umstritten. Es kam dort immer wieder zu gewalttätigen Zwischenfällen zwischen den arabisch-muslimischen Misseriya-Nomaden aus dem Sudan im Norden und dem südsudanesischen Viehzüchterstamm der „Ngok Dinka“ sowie afrikanischen Ackerbauern, meist Christen und Animisten. Im Mai 2008 brachen in Abyei Kämpfe zwischen sudanesischen und südsudanesischen Truppen aus, bei denen die Stadt Abyei weitgehend zerstört wurde und die meisten Bewohner flohen. Im Mai 2011 rückten Truppen der sudanesischen Armee und Milizionäre der Misseriya nach heftigen Gefechten in die Stadt ein. Der damalige sudanesische Staatspräsident Omar al-Bashir löste den bisher von Vertretern beider Seiten gestellten Verwaltungsrat der Stadt auf. Es kam zu Plünderungen und Brandstiftungen durch sudanesischen Soldaten gemeinsam mit Misseriya-Milizionären und in der Folge zu massiven Fluchtbewegungen. Im Juni 2011 schlossen die Regierung des Sudans und die im Südsudan regierende „Sudanesische Volksbefreiungsarmee“ eine

Vereinbarung über den interimistischen Status des rohstoffreichen Abyei. Darin beschlossen beide Seiten, ihre Truppen aus der Region abzuziehen und die aus äthiopischen Soldaten bestehende UN-Friedensmission UNIFSA<sup>2</sup> einzurichten. Durch deren Präsenz ist der Konflikt weitestgehend „eingefroren“ und die Region entmilitarisiert. Die 165.000 sudanesischen und südsudanesischen Einwohner von Abyei, die keine Regierung, kein Justizsystem und keine Polizei haben, sind auf die äthiopische Friedenstruppe (ca. 4.500 Soldaten) angewiesen, die Sicherheit und Stabilität gewährleisten. Im April 2019 hat der Sicherheitsrat das Mandat für UNIFSA erneut verlängert, auf den 15. Oktober. Der Rat entschied aber auch, dass dies die letzte Verlängerung sein wird, wenn nicht beide Staaten deutliche Maßnahmen ergreifen, um messbare Fortschritte bei der Grenzfrage zu demonstrieren, und reduziert, in diesem Kontext, demonstrativ die Friedenstruppe um 557 Soldaten (UN 2019). Diese Resolution kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, denn nach dem Sturz von Omar al-Bashir (11. 04.2019) befindet sich der Sudan im prekären Zustand der Ungewissheit und eines politischen Machtvakuumms (BÖHM 2019). Ein Vertreter des Sudan bekräftigte zwar die Zusammenarbeit seines Landes mit der UNIFSA in Abyei, jedoch bergen sowohl der in drei Monaten geplante Machtwechsel der militärischen Inte-

2 „United Nations Interim Security Force for Abyei“ (UNISFA) ist eine Friedensmission für das umstrittene Gebiet Abyei. Der UN-Sicherheitsrat autorisierte die Mission mit der Resolution 1990 vom 27. Juni 2011.

rimsregierung zur zivilen Regierung im Sudan als auch das generell gespannte Verhältnis zum Südsudan und den umstrittenen Grenzregionen ein deutliches Konfliktpotenzial für militärische Auseinandersetzungen. Auch Parfait Onanga-Anyanga, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für das Horn von Afrika, erklärte dem Rat gegenüber, dass sowohl der Sudan als auch der Südsudan „an einem Scheideweg kritischer politischer Prozesse stehen“. Nach dem Sturz des sudanesischen Präsidenten und monatelangen Protesten der Bevölkerung brauchen die neuen Behörden Zeit, um die bilateralen Beziehungen an der Grenze zu ordnen. In Ermangelung einer gemeinsamen Verwaltung und von Fortschritten in Richtung einer endgültigen Lösung für Abyei bleibt die UNISFA von zentraler Bedeutung für die Verhütung und Lösung interkommunaler Konflikte (UN NEWS 2019).

#### 4.1.2 KAFIA KINGI

Das Gebiet Kafia Kingi liegt zwischen Sudan, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik. Der Grenzverlauf zwischen Südsudan und Sudan ist umstritten. Das Gebiet sollte, nach den Bestimmungen des CPA, das die Nutzung der sudanesischen „Nord-Süd-Linie“ vom 1. Januar 1956 vorschrieb, an den Südsudan übergeben werden. Erst 1960 wurde das Gebiet der Kafia Kingi, nördlich dieser Linie, nach Darfur verlegt. Der Sudan kontrolliert heute den gesamten oder den größten Teil dieses Gebiets, obwohl die südsudanesischen Streitkräfte zeitweise große Teile seit der Unabhängigkeit kurzzeitig kontrolliert haben. Kafia Kingi ist aus mehreren Gründen geopolitisch interessant. Es ist mineralreich. In Hofrat al-Nahas wird seit frühester Zeit Kupfer abgebaut und es werden auch Vorkommen von Gold, Uran und Erdöl vermutet. Durch die Lage im äußersten Westen ist die Region zudem von geostrategischer Bedeutung. Hier kam es bei Zusammenstößen zwischen der sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) und darfurischen Pastoralisten zu Interaktionen zwischen dem Konflikt in Darfur mit dem im Sudan (THOMAS 2010).

#### 4.1.3 HEGLIG (HEJLIJ)

An die umstrittene Region Abyei östlich anschließend befinden sich in der Region um die Stadt Heglig die bedeutendsten Erdölvorkommen des Sudan. Im April 2012 wurde Heglig von südsudanesischen Truppen besetzt, die aber, auf internationalen Druck, wieder abzogen. Mit der Unabhängigkeit des Südsudan verlor der Sudan ca. drei Viertel seiner Ölvorräte, weshalb die Erdölvorkommen bei Heglig die größten im verbliebenen Staatsgebiet des Sudan sind und rund die Hälfte zur Ölförderung des Landes beisteuern (TAGESANZEIGER 2012, 2012B; UNHCR 2012).

#### 4.1.4 14-MEILEN-GEBIET

Die Malual Dinka sind die Hauptbewohner des „14-Meilen-Gebiets“, eines umkämpften Landstrichs, der sich 14 Meilen südlich des Flusses Kiir/Bahr al Arab, zwischen Nord-Bahr el Ghazal und Ost-Darfur, erstreckt. Die Rizeigat-Araber ziehen während der Trockenzeit saisonal in das Gebiet, um ihr Vieh südlich des Kiir zu weiden. Nach Weidestreitigkeiten zwischen den beiden Gruppen im Jahr 1918 versuchte der britische Gouverneur von Darfur, eine neue Weidegrenze festzulegen. Er wählte ein Gebiet in Rizeigat, das sich 40 Meilen südlich des Kiir erstreckte. Die Malual Dinka beklagten sich heftig und im Jahr 1924 wurde ein Kompromiss vereinbart: Die „Munro-Wheatley-Linie“ verlief 14 Meilen südlich des Flusses Kiir und schuf damit die Koordinaten für das heutige Territorium, das seither als 14-Meilen-Gebiet bekannt ist. Seit 2005 ist das 14-Meilen-Gebiet ein Gebiet mit gemeinsamen Weiderechten. Beide Gruppen beharren jedoch weiterhin auf ihren territorialen Ansprüchen. Die Malual Dinka argumentieren, dass sich ihr Land weit nördlich des Flusses Kiir bis nach Meiram erstreckt und dass dieses Gebiet Teil des Südsudans sein sollte, während die Rizeigat das 14-Meilen-Gebiet südlich des Kiir für sich beanspruchen. Nach der Sezession des Südsudan verstärkten sich diese Forderungen, da beide Seiten befürchteten, dass eine nationale Grenze die traditionellen Weiderouten unterbrechen und ihnen essentielles Weideland entziehen würde (CRAZE 2014).

#### 4.1.5 KAKA TOWN UND JEBEL MEGEINIS

Diese beiden umstrittenen Grenzgebiete im nordöstlichen Teil des Südsudan werden hauptsächlich von nilotischen Shilluk bewohnt. Während der Trockenzeit zieht eine Vielzahl von nordpastoralistischen Gruppen (wie den Seleim) durch das Land. Beide Standorte sind auch wegen ihrer strategisch wichtigen Verkehrsanbindung (Straße und Flusstal) für beide Staaten bedeutsam. Das Interesse der Seleim an diesen Gebieten erschwert den Konflikt zwischen den beiden Staaten und wirft Fragen auf, wie die Ansprüche der Seleim auf Land und Ressourcen südlich der Grenze aufrechterhalten werden sollen. Im Megeinisgebirge wird Erdöl vermutet. Dies könnte der wahre Grund sein, warum die Region auf der Liste der territorialen Streitigkeiten steht (POLGEO-NOW 2012; CRAZE 2013).

#### 4.1.6 JORDAH

Die Grenzregion, die sich ebenfalls im nord-östlichen Teil des Südsudan befindet, umfasst einige der fruchtbarsten Gebiete beider Länder. In den 1970er-Jahren erlebte diese Region, im Rahmen einer

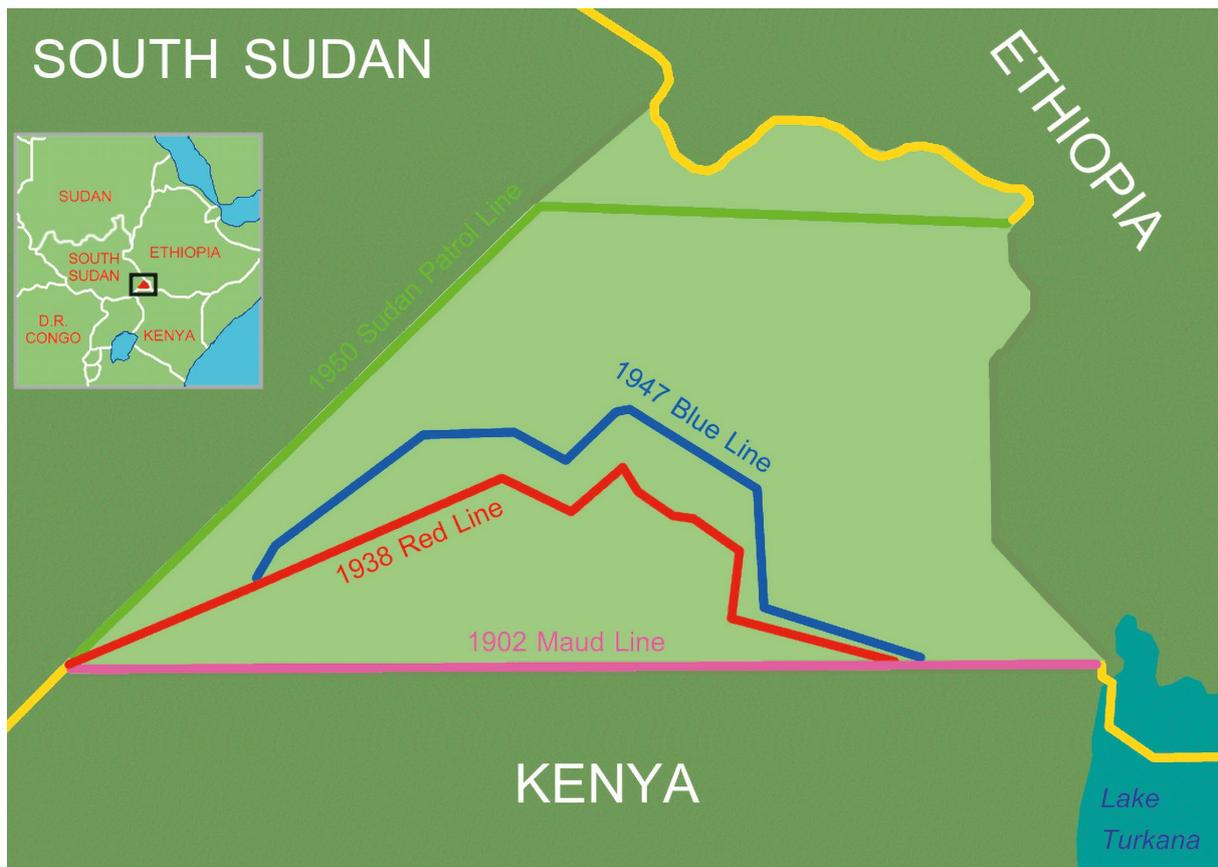


Abb. 7: Unterschiedliche Grenzverläufe des Ilemi-Dreiecks zwischen Kenia und Südsudan

„Strategie des Brotkorbs der nationalen Entwicklung“, eine intensive Entwicklung in Form von mechanisierten Regenfeldbewässerungsbauprojekten. Diese Projekte reduzierten die Weideflächen für Nordpastoralisten (Abialang Dinka), insbesondere in Südkordofan. Eine Reihe von Landgesetzen, die seit den 1970er-Jahren erlassen wurden, untergruben die kommunalen Landrechte, indem sie das Territorium verstaatlichten und Kleinbauern enteigneten. Die Abialang Dinka, die traditionellen Bewohner des Kreises Renk, die weit nördlich Gebiete beanspruchen, fühlen sich von den politischen Gesprächen über die Grenze ausgeschlossen. Sie befürchten eine weitere Verstaatlichung landwirtschaftlicher Flächen und ihre Verarmung. In Gebieten wie dem Landkreis Renk ist der Status von Grundstücken, die sudanesischen Investoren gehören und vor der Unabhängigkeit des Südsudans erworben wurden, unklar und bedarf einer politischen und rechtlichen Lösung. Die Frage, was mit sudanesischen Grundstücken im Landkreis Renk geschieht, ist zwar nicht geklärt, der Staat wird jedoch wahrscheinlich große Investoren für landwirtschaftliche Produkte („land grabbing“) suchen, anstatt das Land an die örtliche Gemeinde zurückzugeben. Die fortgesetzte massive Entwaldung, um kommerziellen Investoren den Weg zu ebnen, hat auch die

Ufer des Nils in Mitleidenschaft gezogen, da das Wasser des Flusses zur Bewässerung genutzt wird. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf die Wasserstellen der Hirten, deren Weideflächen ohnehin immer weniger werden. Bei der Suche nach Land entlang des Nils durch ausländische Investoren wurde hektarweise fruchtbares Gemeindeland ohne Beteiligung der örtlichen Gemeinden verteilt (POLGEONOW 2012; CRAZE 2013; JIMBO 2019).

#### 4.1.7 BEBNIS

Auch im Grenzgebiet zwischen Oberem und Blauem Nil schwellt ein Konflikt zwischen Nomaden und Bauern. Der Landkreis Maban, in den jedes Jahr eine Reihe von pastoralistischen Gruppen aus dem Sudan (u. a. Fellata) ziehen, wird von den Ackerbau treibenden Mabaan bewohnt. Verschärft wurden die dortigen Probleme durch Flüchtlingslager, die Menschen aus dem Sudan aufnahmen. Diese Flüchtlinge brachten Vieh mit und heizten somit die angespannte Situation und die Konkurrenz um knappe Rohstoffe vor Ort noch an (CRAZE 2013).

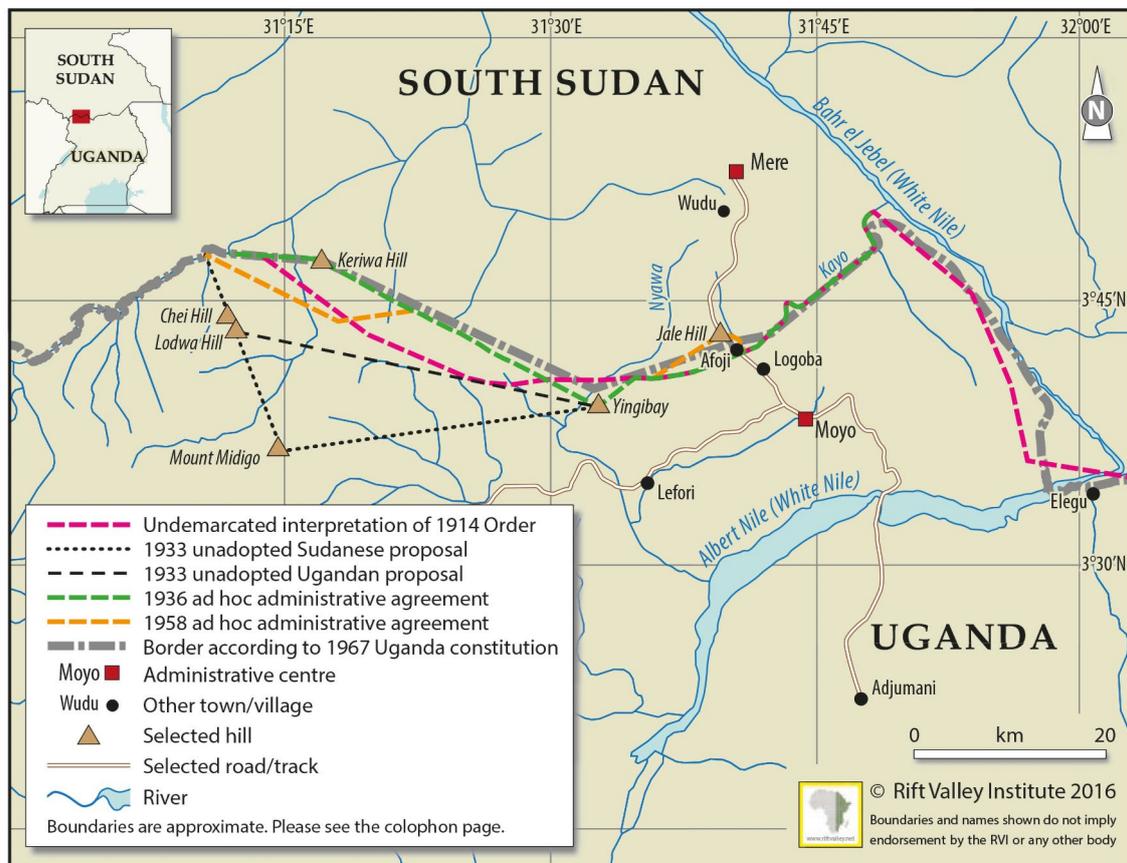


Abb. 8: Unterschiedliche Grenzverläufe zwischen Uganda und Südsudan

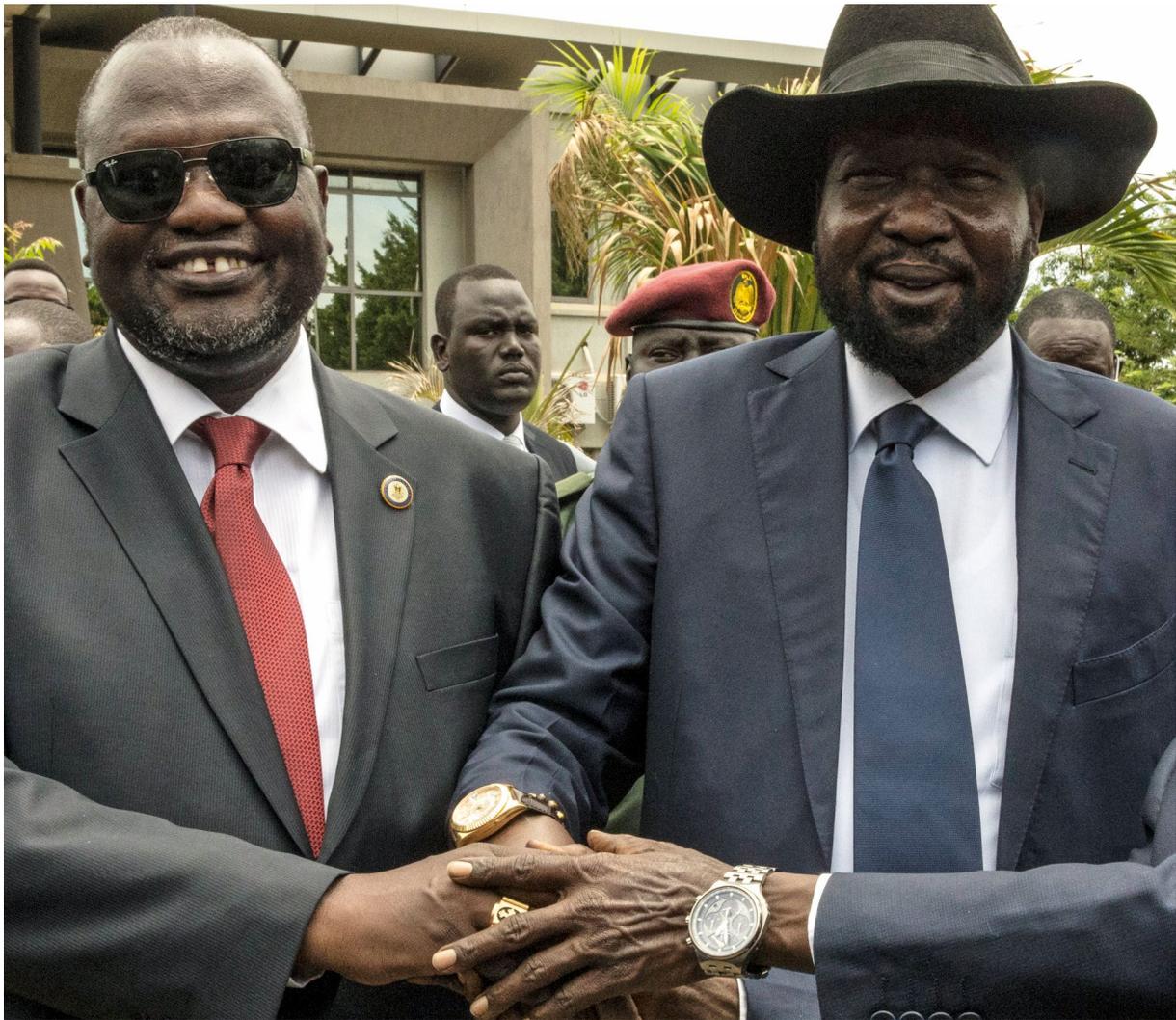
#### 4.2 KENIA – SÜDSUDAN

Der Südsudan erhebt Ansprüche auf das sogenannte „Ilemi-Dreieck“ im Südosten, das bisher unter Kenias Verwaltung steht, aber auch von den Nachbarländern Äthiopien und Kenia beansprucht wird (SIMON 2019). Die Fläche wird zwischen 10.320 km<sup>2</sup> und 14.000 km<sup>2</sup> angegeben. Die unklare Situation ergab sich aus unpräzisen Formulierungen der Verträge aus der Kolonialzeit (Abb. 7). Die fetterreichen Weiden des Gebietes waren ein Kriegsgrund für die transhumanten Gemeinden des Südsudan, Äthiopiens und Kenias. Bewaffnete Gruppen der Turkana (Kenia), der Nyang'atom (Äthiopien) und Toposa (Südsudanese) liefern sich bis heute Scharmützel um Weiderechte aus der Vorkolonialzeit. Das Desinteresse der jeweiligen Staaten, die Region während des letzten Jahrhunderts zu verwalten, ist jedoch Ausdruck der mangelnden Attraktivität für die Behörden, die sich nicht auf Sicherheits- und Weideregulungen zugunsten ihrer jeweiligen Nomadenbevölkerung einigen konnten. Gerüchte um Erdölvorkommen führen jedoch zu einem wachsenden Interesse, nachdem in Ngamia (Turkana), 100 km südlich von Ilemi, jüngst Öl und Gas entdeckt wurden. Äthiopien erhebt aktuell keinen Anspruch auf das Dreieck, während der Südsudan

es zu seinem Territorium zählt und beim internationalen Gerichtshof und der Afrikanischen Union Papiere zur Klärung eingereicht hat. Bisher waren die Bemühungen der kenianischen Regierung, den Grenzstreit offiziell beizulegen, bis auf informelle Vereinbarungen, erfolglos (MBURU 2003; AMUTABI 2010; AMUTABI 2018, AFRIWARS 2019).

#### 4.3 UGANDA – SÜDSUDAN

Die Beziehungen zwischen Uganda und dem späteren Südsudan waren zunächst transnational. Seit der Kolonialzeit und der Errichtung von Zentralregierungen teilen sich die beiden Staaten eine lange Grenze, die die Heimatgebiete mehrerer ethnischer Gruppen unterbricht. Die Verwaltung dieser Menschen in den Grenzgebieten erforderte eine Koordinierung zwischen den Kolonialregierungen, die aber schließlich zu mehreren divergierenden Grenzverläufen führte (Abb. 8). Im September 2014 brach ein Konflikt zwischen Südsudanese und Ugandern in den Grenzgebieten von Kajokeji County, Südsudan, und Moyo District, Uganda, aus. Mehrere Menschen wurden getötet, viele weitere verletzt und Tausende vertrieben.



In „Dividing Communities“ im Südsudan und in Norduganda ist der Grenzstreit nicht einfach nur das Ergebnis des Versagens der Regierungen, diesen Abschnitt der internationalen Grenze zu klären, sondern er steht im Kontext einer zunehmenden Bedeutungswahrnehmung von Landbesitz und -rechten. Das Land wird von vielen als letzte Ressource betrachtet, die ihnen nach dem Krieg geblieben ist. Die meisten dieser Konflikte drehen sich um Grenzmarkierungen und individuelle Besitzansprüche auf Clan-Land in kollektivem Besitz, für das es keine Eigentumsurkunden gibt. Der Südsudan hat im Mai 2018 einen Arbeitsausschuss mit seinem Nachbarn Uganda eingerichtet, um die anhaltenden Spannungen zwischen Grenzgemeinden zu lösen. Insbesondere der Grenzbereich in der Gbari-Region ist zwischen den Volksgruppen der Madi und Kuku umstritten (NICOLAISEN ET AL 2015; LEONARDI & SANT-SCHI 2016; LENHART 2018; LIFANG 2018).

Seit dem Bürgerkrieg im Südsudan hat Uganda mehr als eine Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Die Menschen haben in grenznahen Provinzen Land bekom-

men, um dort möglichst für sich selbst sorgen zu können. Die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge und die Möglichkeit, sich außerhalb ihrer Siedlungen Arbeit zu suchen, sind bis heute stark eingeschränkt. Die jahrelange, teils jahrzehntelange Unterbringung in eigens für sie geschaffenen Siedlungen, ohne Aussicht auf Rückkehr oder Integration in die neue Heimat, beraubt die Flüchtlinge jeder Perspektive auf eine aus eigener Kraft geschaffene bessere Zukunft. Zudem geschieht die Zuteilung von Land häufig ohne die Beteiligung der ansässigen Bevölkerung, was zu Konflikten mit den neu angesiedelten Flüchtlingen führt (ELLIENSEN 2018).

## 5 FAZIT

Trotz Rohstoffreichtums und fruchtbarem Ackerland zählt die Republik Südsudan zu den ärmsten Ländern der Welt und ist regelmäßig von katastrophalen Hungersnöten betroffen. Das Land schöpft somit keine Dividende aus seinem naturräumlichen Potenzial. Im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern wären, unter stabilen politischen Rahmenbedingungen, die Selbstversorgung und sogar ein Export von landwirtschaftlichen Produkten möglich.

Die Probleme des Südsudan sind folglich menschengemacht. Interessen verschiedenster Akteure verhin-

dem einen Dinka, und dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar, der dem Volk der Dok-Nuer angehört und aktuell zum dritten Mal zum Vizepräsident ernannt werden soll, äußert. Gründe für die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kontrahenten sind traditionelle ethnische Konflikte zwischen Dinka und Nuer, aber auch der Kampf um politische Macht und die Verteilung der Ressourcen des Landes. Im August 2018 haben beide Politiker einen Friedensvertrag unterschrieben, der die Teilung der Macht beinhaltet. Am 11. April 2019 kniete sogar Papst Franziskus vor den beiden (christ-

Selten ist die selbstverschuldete  
Differenz zwischen unausgeschöpftem  
Potenzial und düsterer Realität so  
dramatisch offensichtlich wie im Südsudan!



dern jegliche Entwicklung hin zu staatlicher Stabilität: Multiethnischer Bürgerkrieg, Machtkämpfe, Kontrolle über die Ölförderung, umstrittene Grenzen, Korruption, Nepotismus, gewalttätige Übergriffe, Vertreibung und Flucht, fehlende Infrastruktur, keine funktionsfähige Governance und eine brachliegende Landwirtschaft stellen eine scheinbar unlösbare Kumulation von Konfliktlinien dar, die den Südsudan als einen gescheiterten Staat kennzeichnen. Auch die internationale Unterstützung, Entwicklungshilfe oder die UNMISS<sup>3</sup>, unter Beteiligung der Bundeswehr, haben hieran nichts geändert. Die Hauptursachen des Bürgerkrieges sind in der Dominanz der Elite aus der Volksgruppe der Dinka zu suchen. Sie kontrollieren Staat und Wirtschaft. Diese Dominanz baut eine Konfliktlinie auf, die sich im Machtkampf zwischen dem Präsidenten Salva Kiir Mayardit,

lichen) politischen Rivalen nieder und küsste ihnen die Füße, um sie zum Frieden zu mahnen. Das Interimskabinett sollte ab dem 12. Mai 2019 mit der Arbeit beginnen, aber es gibt Anlass zur Skepsis an einem ernstgemeinten Friedensprozess und eher Hinweise auf ein Wiederaufflammen der ethnisch motivierten Konflikte. Viele Oppositionsgruppen, die ihre eigenen Machtinteressen durchsetzen wollen, lassen sich weder von den Dinka noch von den Nuer regieren. Die Lage bleibt chaotisch und gesetzlos, denn es gibt, neben Kriegshandlungen, erschreckend viel Bandengewalt, Kriminalität und traditionell Morde beim Rinderraub (KNA 2019). Die Kontrahenten setzen beide jeweils auf loyale SPLA-Verbände (Sudan People's Liberation Army), die – unter Beteiligung treuer Stammesmilizen – überall gegeneinander kämpfen und um die Kontrolle der

<sup>3</sup> Die United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS) ist die Nachfolgemission der Mission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS). Sie wurde aufgrund der Resolution 1996 des UN-Sicherheitsrats vom 7. Juli 2011 beschlossen. Anlass war die Gründung des selbständigen Staates Südsudan am 9. Juli 2011. Am 5. Juli 2012 definierte der Sicherheitsrat durch die Resolution 2057 das Mandat der UNMISS genauer und verlängerte die Mission bis zum 15. Juli 2013, danach wurde sie durch die verschiedenen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates wieder verlängert. Als Reaktion auf die Unruhen im Dezember 2013 wurde die Truppenstärke der Mission mit der am 24. Dezember 2013 verabschiedeten Resolution 2132 deutlich erhöht.

wirtschaftlich wichtigen Ölfelder konkurrieren. Für den mangelnden Zusammenhalt innerhalb der SPLA und für die fehlende Loyalität einzelner Verbände gegenüber der Regierung gibt es zwei wesentliche Gründe: Erstens wird im Südsudan nicht der Staat, sondern unverändert nur die eigene Volksgruppe als identitätsstiftend wahrgenommen. Zweitens führten Soldkürzungen oder gar -ausfälle sowie insbesondere Fehlentscheidungen der Regierung bezüglich der Integration von Rebellenkämpfern in die personell ohnehin zu starke SPLA zu einem weiteren Kohäsionsverlust. Denn statt die Rebellen in bestehende Verbände einzugliedern, wurden aus den Rebellengruppen eigene SPLA-Verbände aufgestellt und den ehemaligen Rebellenführern unterstellt. Obwohl diesen Warlords hohe Dienstgrade verliehen wurden, verfolgten sie dennoch häufig ihre eigene Agenda weiter (MÜLLER-SEEDORF 2014).

ihren Ölvorkommen und tradierten Besitzansprüchen, bieten für den naturräumlich deutlich ärmer ausgestatteten Sudan einen wirtschaftlichen Anreiz sowie eine Möglichkeit für die Militärregierung zur Dokumentation politischer Stärke und Einflussnahme auf die künftige Regierungsbildung im Südsudan.

Aber auch die Regierung des Südsudan könnte das Machtvakuum im Sudan nutzen, um neue Fakten in den umstrittenen Grenzgebieten zu schaffen.

Und schließlich fördern die unsicheren Regierungsverhältnisse im Sudan, auch im lokalen Maßstab, die Motivation zu ethnischtradiierter Gewalt beiderseits der Grenze durch marodierende Banden. Denn insgesamt birgt die klassische Konfliktlinie aus dem konkurrierenden Zusammentreffen der überwiegend arabisch-moslemischen Bevölkerung des Sudan, die traditionell nomadisch lebt, mit der überwiegend christlich-animistisch

schwarzafrikanischen Bevölkerung des Südsudan, die traditionell Ackerbau betreibt, omniprésente Konfliktpotenziale, die oftmals auf lokaler Ebene im Grenzgebiet ausgetragen werden (vgl. aktuell auch Mali).

Zur Vermeidung eines zwischenstaatlichen Grenzkonfliktes kann man nur hoffen, dass die Regierungen beider Länder momentan genug interne Herausforderungen zu bewältigen haben und dass den Forderungen der Investoren von Erdölunternehmen nach friedlichen Rahmenbedingungen – nicht ohne Eigennutz – vorerst gefolgt wird.

Eine südsudanesische Delegation reiste im April 2019 nach Khartoum und betonte die Bedeutung eines

weiterhin freien Ölflusses aus dem Südsudan in den Sudan für den Export. Die Transitkosten waren schon öfter Anlass zu Streitigkeiten. Kiir reiste ebenfalls im April 2019 in die Vereinigten Arabische Emirate, um über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu diskutieren (INTERNATIONAL CRISIS GROUP 2019). Insofern scheint die Versorgung mit Devisen aus dem Erdöllexport das politische Handeln momentan zu dominieren.

Diplomatische Einflussnahme von außen zur friedlichen und zukunftsorientierten zivilen Regierungsbildung im Sudan scheint jedoch dringend geboten, um die Grenzkonflikte zum Südsudan nicht erneut zu eskalieren. Die Truppen der UNISFA sollten in diesem Kontext eher aufgestockt, statt wie momentan geplant, abgebaut werden, um ein deutliches Signal zu setzen und die Sicherheit vor Ort zu gewährleisten. Denn, retrospektiv betrachtet, spricht vieles für eine erneute Konflikteskalation.



In diesem gewaltgeprägten Umfeld aus Misstrauen und Missgunst fällt es schwer zu glauben, dass der jüngste Staat der Welt erst 2011 seine Unabhängigkeitserklärung euphorisch als „demokratischer Staat“ und auf „Grundlage des Willens der Bevölkerung“ feierte.

Das durch den Sturz von Omar al-Bashir im April 2019 verursachte Machtvakuum im benachbarten Sudan, das aktuell durch eine auf zwei Jahre angelegte Militärinterimsregierung gefüllt wird, birgt zusätzlich großes Konfliktpotenzial für eine militärische Auseinandersetzung mit dem Südsudan. Sind doch die beiden Armeen bereits in zahlreichen Kämpfen und Scharmützeln aufeinander getroffen, was das gegenseitige Feindbild verstärkte. Auch galt das Militär des Sudan bislang nicht als Garant demokratischer Werte.

Der neue Militärführer im Sudan ist der bisherige Vizepräsident und Verteidigungsminister Ibnuf, der jahrelang an Al-Bashirs Seite arbeitete. Besonders die umstrittenen Grenzgebiete zwischen Sudan und Südsudan, mit



# QUELLENVERZEICHNIS

- ABDALLA, G. (2018): Südsudan. In: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/228561/suedsudan> (Stand: 14.05.2019).
- AGEOBW (2009): Geopolitische Analyse der Konflikte im Sudan. Selbstverlag (unveröffentlicht).
- AGEOBW (2011): Sudan am Scheidepunkt – Optionen nach dem Referendum 2011. Selbstverlag (unveröffentlicht).
- AFRIWARS (2019): Another border row between Kenya and South Sudan. In: <http://afriwars.com/index.php/2019/02/19/kenya-border-row/> (Stand: 21.05.2019).
- AMUTABI, M. (2010): Land and Conflict in the Ilemi Triangle of East Africa. In: Kenya Studies Review, Vol 1, Number 1. [https://www.academia.edu/1828504/Land\\_and\\_Conflict\\_in\\_the\\_Ilemi\\_Triangle\\_of\\_East\\_Africa](https://www.academia.edu/1828504/Land_and_Conflict_in_the_Ilemi_Triangle_of_East_Africa) (Stand: 21.05.2019).
- AMUTABI, M. (2018): Dispute for the Ilemi triangle, Kenya's other Migingo Island. In: [https://info254.com/blog/2018/10/27/kenyas\\_other\\_migingo\\_ilemi\\_triangle/](https://info254.com/blog/2018/10/27/kenyas_other_migingo_ilemi_triangle/) (Stand: 21.05.2019).
- AUSWÄRTIGES AMT (2017): Südsudan: Überblick. In: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/suedsudan-node/suedsudan/244262> (Stand: 13.05.2019).
- BERTELSMANNSTIFTUNG (2018): Transformation Index BTI. In: <https://www.bti-project.org/de/daten/> (Stand: 14.05.2019).
- BÖHM, A. (2019): Omar al-Bahir. Das Ende eines Diktators. In: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/al-baschir-sudan-diktator-sturz-protestbewegung-ungewissheit> (Stand: 15.05.2019).
- CIA, CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY (2019): The World Factbook: South Sudan. In: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/od.html> (Stand: 14.05.2019).
- CRAZE, J. (2013): Dividing lines: Grazing and conflict along the Sudan - South Sudan border. In: Small Arms Survey HSBA Working Paper 30. Geneva.
- CRAZE, J. (2014): Contested Borders: Continuing Tensions over the Sudan - South Sudan Border. In: Small Arms Survey HSBA Working Paper 34. Geneva.
- DIE, DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (2015): Constellations of State Fragility. <https://www.die-gdi.de/statefragility/> (Stand: 14.05.2019).
- EHLERS, E. (1984): Bevölkerungswachstum – Nahrungsspielraum – Siedlungsgrenzen der Erde. Frankfurt a. M. und Aarau.
- ELHAG, N. (2008): A tale of two wars: the militarization of Dinka and Nuer. In: ABBINK, J. & VAN DOKKUM, A. (EDS.): Dilemmas of development. Conflicts of interest and their resolutions in modernizing Africa. P. 164 - 186. Enschede.
- ELLIESEN, T. (2018): Uganda taugt nicht als Vorbild. In: <https://www.welt-sichten.org/artikel/35195/uganda-taugt-nicht-als-vorbild> (Stand: 22.05.2019).
- FISCHER WELTALMANACH (2004): Zahlen, Daten, Fakten. Frankfurt/Main. S. 805.
- HARRIS, K., KEEN, D. & MITCHELL, T. (2013): When disasters and conflicts collide. Improving links between disaster resilience and conflict prevention. Overseas Development Institute. London. In: <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/8228.pdf> (Stand: 14.05.2019).
- HORNETZ, B. & JÄTZOLD, R. (2009): Savannen-, Steppen- und Wüstenzonen. Braunschweig.
- INFORM (2019): Index for risk management. In: <http://www.inform-index.org/> (Stand: 14.05.2019).
- INSTITUTE FOR ECONOMICS & PEACE (2018): Global Peace Index 2018. In: <http://visionofhumanity.org/app/uploads/2018/06/Global-Peace-Index-2018-2.pdf> (Stand: 14.05.2019).
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP (2019): CrisisWatch Tracking Conflict Worldwide, South Sudan. In: <https://www.crisisgroup.org/crisiswatch/april-2019#south-sudan> (Stand: 21.05.2019).

- INTERNATIONAL MONETARY FUND (2019): Republic of South Sudan. In: <https://www.imf.org/en/Countries/SSD> (Stand: 13.05.2019).
- IPC, INTEGRATED FOOD SECURITY PHASE CLASSIFICATION (2019): South Sudan: Acute Food Insecurity and Malnutrition Situation January 2019 and Projections for February - April 2019 and May - July 2019. In: <http://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1151975/> (Stand 14.05.2019).
- JIMBO, P. (2019): Uncertainty over laws fuel land grabs in South Sudan. In: Water Journalists Africa, May 8, 2019. <https://waterjournalistsafrica.com/2019/05/uncertainty-over-laws-fuel-land-grabs-in-south-sudan/> (Stand: 21.05.2019).
- KNA, KATHOLISCHE NACHRICHTEN-AGENTUR (2019): Niemand vertraut dem anderen. Ordensmann blickt skeptisch auf Friedensprozess im Südsudan. In: <https://www.domradio.de/themen/weltkirche/2019-04-15/ordensmann-blickt-skeptisch-auf-friedensprozess-im-suedsudan> (Stand: 15.05.2019).
- LÄNDER-LEXIKON (o. J.): Südsudan. In: <https://www.laender-lexikon.de/S%C3%BCdsudan#Geographie> (Stand: 13.05.2019).
- LENHART, L. (2018): Nord-Uganda. In: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54675/nord-uganda> (Stand: 22.05.2019).
- LEONARDO, C. & SANTACHI, M. (2016): Dividing Communities in South Sudan and Northern Uganda. Boundary disputes and land governance. Rift Valley Institute, London. In: <http://riftvalley.net/publication/dividing-communities-south-sudan-and-northern-uganda#.XOTtE9UzbmE> (Stand: 22.05.2019).
- LIFANG (2018): South Sudan says working with Uganda to settle border dispute. In: [http://www.xinhuanet.com/english/2018-05/04/c\\_137156511.htm](http://www.xinhuanet.com/english/2018-05/04/c_137156511.htm) (Stand: 22.05.2019).
- MBURU, N. (2003): Delimitation of the elastic Ilemi triangle: pastoral conflicts and official indifference in the Horn of Africa. In: African Studies Quarterly, 7 (1). <http://sites.clas.ufl.edu/africa-asq/files/Mburu-Vol-7-Issue-1.pdf> (Stand: 21.05.2019).
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF THE NETHERLANDS (Ed., 2019): Climate Change Profile South Sudan. In: <https://www.government.nl/ministries/ministry-of-foreign-affairs/documents/publications/2019/02/05/climate-change-profiles> (Stand 14.05.2019).
- MOUKADDEM, K. (2011): South Sudan's tropical forests fast disappearing. In: [http://news.mongabay.com/2011/0605-moukaddem\\_southsudan.html](http://news.mongabay.com/2011/0605-moukaddem_southsudan.html) (Stand: 15.05.2019).
- MÜLLER-SEEDORF, W. (2014): Aktueller Begriff. Die Republik Südsudan in der Krise. In: [https://www.bundestag.de/resource/blob/195022/9da65d49da-4e9cd5dcdd90e13173ba26/suedsudant\\_in\\_der\\_krise-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/195022/9da65d49da-4e9cd5dcdd90e13173ba26/suedsudant_in_der_krise-data.pdf) (Stand: 16.05.2019).
- MUNZINGER LÄNDER (2019): Munzinger Online/ Länder – Internationales Handbuch: Südsudan. <http://www.munzinger.de/document/03000SSD000> (Stand: 10.05.2019).
- NEMITZ, R. (o. J.): Klima im Südsudan. In: <http://www.wetter-atlas.de/klima/afrika/suedsudan.php> (Stand: 13.05.2019).
- NICOLAISEN, F., SAGMO, H. & ROLANDDSEN, O. (2015): South Sudan – Uganda Relations. The Cost of Peace. In: <https://www.accord.org.za/conflict-trends/south-sudan-uganda-relations/> (Stand 22.05.2019).
- POLGEONOW, POLITICAL GEOGRAPHY NOW (2012): Map: Sudan & South Sudan's Disputed Territories. In: [https://www.polgeonow.com/2012/05/feature-sudan-south-sudan-border\\_26.html](https://www.polgeonow.com/2012/05/feature-sudan-south-sudan-border_26.html) (Stand: 20.05.2019).
- RALEIGH, C. & URDAL, H. (2007): Climate change, environmental degradation and armed conflict. In: Political Geography, Vol 26. P. 674 -694.

- RÜTTINGER, L., SMITH, D., STANG, G., TÄNZLER, D. & VIVEKANANDA, J. (2015): A New Climate for Peace. Taking Action on Climate and Fragility Risks. An independent report commissioned by the G7 members. Adelphi, International Alert, Woodrow Wilson Center for Scholars, European Institute for Security Studies. In: <https://www.adelphi.de/en/publication/new-climate-peace-%E2%80%93-taking-action-climate-and-fragility-risks> (Stand: 14.05.2019).
- SCHRÖDER, B. (2019): Erdöl – Neuer Anlauf im Südsudan. In: <https://www.heise.de/tp/features/Erdöl-Neuer-Anlauf-im-Südsudan-4289322.html> (Stand: 14.05.2019).
- SCHRÖDER, B. (2019b): Hält der Frieden am Nil? In: <https://www.heise.de/tp/features/Haelt-der-Frieden-am-Nil-4289503.html> (Stand: 14.05.2019).
- SICK, W.-D. (1993): Agrargeographie. Braunschweig.
- SIMON, T. (2019): Südsudan. In: <https://www.liportal.de/südsudan/ueberblick/> (Stand: 13.05.2019).
- TAGESANZEIGER (2012): Der Sudan griff im Morgenrauen an. In: <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/Der-Sudan-griff-im-Morgenrauen-an/story/24942619> (Stand: 16.05.2019)
- TAGESANZEIGER (2012B): Im sudanesischen Grenzkonflikt ist ein Einlenken in Sicht. In: <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/Im-sudanesischen-Grenzkonflikt-ist-ein-Einlenken-in-Sicht/story/24356056> (Stand: 16.05.2019).
- THOMAS, E. (2010): The Kafia Kingi Enclave. People, politics and history in the north-south boundary zone of western Sudan. IN: <http://riftvalley.net/publication/kafia-kingi-enclave#.XNwrddUzbnE> (Stand: 15.05.2019).
- TRANSPARANCY INTERNATIONAL (2018): Corruption Perceptions Index. In: <https://www.transparency.org/country/SSD> (Stand: 15.05.2019).
- UN, UNITED NATIONS (2019): Security Council Renews Mandate of United Nations: Interim Security Force for Abyei to Continue Supporting Joint Border Verification Mechanism. In: <https://www.un.org/press/en/2019/sc13776.doc.htm> (Stand: 15.05.2019).
- UN NEWS (2019): Gains by Abyei interim force can help advance resolution of border issues between Sudan and South Sudan, UN peacekeeping chief says. In: <https://news.un.org/en/story/2019/04/1037631> (Stand: 15.05.2019).
- UNDP, UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME (2019): Human Development Indices and Indicators. In: <http://hdr.undp.org/en/countries> (Stand: 14.05.2019).
- UNHCR (2012): Sudan-South Sudan: Heglig and the border. In: <https://www.refworld.org/docid/4f97c6672.html> (Stand: 16.05.2019).
- USAID, UNITED STATES AGENCY INTERNATIONAL DEVELOPMENT (2016): Climate Risk Profile: South Sudan. In: <https://www.climatelinks.org/resources/climate-change-risk-profile-south-sudan> (Stand: 14.05.2019).
- WBGU, WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin, Heidelberg, New York.



## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Zentrum für Geoinformationswesen  
der Bundeswehr, Euskirchen

Verfasser:  
Dr. Steffen Schobel,  
Oberregierungsrat  
Dezernat V (3)  
Geopolitik/Geographie

Redaktion:  
Dezernat III (3) FIST  
GeoInfo-Fachpublikationen

Anschrift:  
Zentrum für Geoinformationswesen  
der Bundeswehr - Dez III 1 (3)  
Frauenberger Str. 250  
53879 Euskirchen

Tel.: 02251 953 - 4130  
FspNBw: 90 3461 - 4130

E-Mail:  
ZGeoBwPressearbeit  
@bundeswehr.org

Auflage: 250  
(Stand: November 2019)

Diese Publikation ist Teil der Informationsarbeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.